

Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummern

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Wossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags und Montags nur einmal. Sonntags die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 15 Mark durch eigene Boten täglich frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3 Mark u. 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 664.

Die Wiedergutmachungsfrage

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

vi Paris, 18. Oktober.

Saltamtlich wird mitgeteilt, daß die Antwort der britischen Regierung auf die letzte französische Note über die Wiedergutmachungsfrage heute vormittag beim Quai d'Orsay eingelaufen ist. Die britische Regierung ersucht darin um genauere Aufklärung über die letzten französischen Anregungen. Der Inhalt der Note entspricht nicht dem, was die Presse darüber schon vor der Ankunft des Dokuments in Paris veröffentlicht hat. In der halbamtlichen Mitteilung heißt es zum Schluß wörtlich: „Die angebliche französisch-englische Uneinigkeit, weit entfernt, hervorzutreten, ist im Gegenteil im Begriffe, vollständig zu verschwinden.“

In einer Londoner Meldung der Agentur Havas, die in Nr. 511 der „Wossischen Zeitung“ vom Sonntag veröffentlicht wurde, wurde bereits hervorgehoben, daß entgegen umlaufenden Gerüchten keine Rede sei von Meinungsverschiedenheiten zwischen der französischen und der englischen Regierung bezüglich der Konferenz von Genf, die die Aufgabe habe, die Wiedergutmachungsfrage zu besprechen. Wenn die Agentur damals einfügte, daß augenblicklich Verhandlungen gepflogen würden, um genau den Charakter und die Aufgabe der vorbereitenden Sachverständigenkonferenz zu prüfen, so handelt es sich dabei offenbar um die französischen Anregungen, von denen in der obigen Depesche die Rede ist.

Direkte Adria-Verhandlungen.

Paris, 18. Oktober. (W. S. B.)

Die Agence Havas berichtet nach einer Mitteilung aus sicherer Quelle, daß eine Zusammenkunft zwischen einem Vertreter der sübslawischen Regierung und dem Grafen Sforza wegen Regelung der Adriafrage im Laufe des Monats stattfinden wird.

Der Royalismus in Ungarn.

Eine Rede des Reichsverwesers.

Budapest, 18. Oktober.

Stadt und Komitat Stuhlweissenburg haben zum Andenken an den vor Jahresfrist erfolgten Einzug der ungarischen Nationalarmee eine Gedensäule errichten lassen, bei deren Enthüllung am Sonntag der Reichsverweser Horthy eine Ansprache hielt. Er stellte u. a. die Behauptung auf, daß „das Ausland Ungarn kennen zu lernen und zu schätzen beginne“. In bezug auf die Königsfrage äußerte sich Horthy: „Alle Ungarn seien eines Sinnes, daß das Land sein Leben als Königtum fortführen solle. Wer aber die Personenfrage vorzeitig aufwerfe, verlege sich an der Einheit der Nation. Leider gebe es Leute, die mit Verdächtigungen arbeiten und dabei auch seine Person nicht schonten. Jedermann müßte wissen, daß für die Zeit, da die Ausübung der königlichen Gewalt in Ungarn ruhe, der von der Nationalversammlung zum Statthalter der Obersten Macht bestellte Reichsverweser diese Macht nicht mißbrauchen und nicht nach dem königlichen Thron greifen könne. Der Reichsverweser schloß mit dem Wunsche, daß „mit Gottes Hilfe ein reiches und mächtiges Ungarn erwache, an dessen Spitze ein gekrönter König gelangen werde, den die Nation begeistert mit offenen Armen empfangen“.

Ein neues türkisches Kabinett.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

vi Paris, 18. Oktober.

Nach Meldungen aus Konstantinopel wird der greise Tewfik Pascha als Nachfolger Damad Ferid Paschas, dessen Rücktritt unmittelbar bevorsteht, zum Großwesir ernannt werden. (Tewfik, der einer kauftischen Fürstendynastie entstammt, war schon unter Abdul Hamid — Minister des Äußern und Großwesir, dann Botschafter in London.) Er hat der Ernennung zugestimmt unter der Bedingung, daß er selbst die Mitglieder seines Kabinetts auswählen darf. Marschall Tazet Pascha wird voraussichtlich Kriegsminister oder Minister des Innern und der frühere Geandte Sefa Bei Minister des Äußern werden.

Die osmanische Regierung sandte den früheren Abgeordneten Puffi Filzi Bei nach Angola, um eine Verständigung mit den Nationalisten zu erzielen. Als Grundlage seiner Verständigung bezeichnet Puffi Filzi Bei die die Ausführung des Friedensvertrages von Sevres. Der Rücktritt des englandfreundlichen Kabinetts Damad Ferid Pascha und die Annäherung der konstantinopeler Regierungskreise an die Nationalisten erfolgt, wie schon berichtet, auf Wunsch Frankreichs und Englands, die sich

zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Türkei geeinigt haben. Da England hier der französischen Auffassung Rechnung getragen hat, liegt es nahe, die Annäherung Frankreichs an den englischen Standpunkt in der polnischen Frage als eine Art von Gegenleistung zu betrachten.

Sektion Eichhorn.

Die Spaltung der unabhängigen Reichstagsfraktion

Die auf gestern nachmittag angelegte Fraktionsführung der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages war nur von den Mitgliedern des rechten Flügels besucht, und zwar waren 59 Abgeordnete anwesend. Die Linke hat sich zunächst in Stärke von 22 Abgeordneten als „unabhängige sozialdemokratische Fraktion Sektion Eichhorn“ konstituiert und ist von ihrer Zeitung auf morgen vormittag zu einer Beratung eingeladen. Die Rechte wird und muß ja wohl auf das Ergebnis dieser Beratungen warten, ehe sie bindende Beschlüsse über ihre Stellungnahme und ihr Vorgehen fassen kann. So war die heutige Beratung des rechten Flügels, die bis in die Abendstunden dauerte, in der Hauptsache theoretischen Erörterungen der Lage und der Prüfung formaler Fragen gewidmet, so der neuen Anordnung der Sitz im Plenarsaal. Ferner wurde eine Protestresolution gegen die Ausweisung von Sinowjew und Losowski beschlossen. Sinowjew scheint übrigens im Zusammenhang mit seiner Ausweisung Weiterungen zu erwarten und hat für vorkommende Fälle den unabhängigen Abgeordneten Dr. Hofenfeld mit seiner juristischen Vertretung beauftragt.

Es scheint sich zu bestätigen, daß der in der Nacht zum Montag versuchte Einbruch in das Büro des Zentralkomitees der U. S. P. ein politischer Anschlag war. Gestern vormittag versuchte Adolf Hoffmann in das genannte Büro einzudringen. Als er daran gehindert wurde, drohte er mit einem Schloßer wiederzukommen und den Eintritt zu erzwingen.

Nach der Spaltung.

Der Geschäftsführende Ausschuss des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der U. S. P. D. erläßt einen Aufruf an die Parteigenossen Groß-Berlins, in dem gefagt wird, die Erwartung der Kleinbürgerlichen U. S. P. D. im Trüben zu sitzen, werde durch den konsequenten Kampf der U. S. P. D. für die Diktatur des Proletariats zu schanden werden. Andererseits aber werde die Partei nunmehr rücksichtslos den Kampf gegen alle Parteien aufnehmen, die putschistische Methoden im revolutionären Kampfe glauben anwenden zu müssen; Methoden, die auf Grund der historischen Erfahrungen schon längst nicht mehr zum Rüstzeug der modernen Arbeiterbewegung gehören.

Polnische Beschwerden.

Ungeblühe Bedrückung durch deutsche Behörden.

Die Polnische Telegraphenagentur in Warschau veröffentlicht eine Kundgebung, in der es u. a. heißt: Die polnische Regierung stellt fest daß die Bedrückung und die Schikane, der die polnische Bevölkerung in den preußischen Westmündungsgebieten, am Niederrhein und in Westfalen ausgeübt ist, eine schädliche Zuspitzung der Neutralitätsverhältnisse in den ehemals preußischen Teilgebieten hervorruft.

Die deutschen Behörden entfernen aus Ostpreußen zahlreiche, dort seit langem ansässige Polen trotz der Proteste des polnischen Konsuls in Königsberg. Ein solches Verfahren der deutschen Behörden widerspricht nicht nur den internationalen Gebräuchen, sondern steht auch in deutlichem Gegensatz zu Artikel 277 des Versailler Vertrages.

Der polnische Konsul in Königsberg gab dem Oberpräsidenten Siehr die Erklärung ab, daß im Falle weiterer unbegründeter Ausweisung von Polen eine ebenjohliche Anzahl preußischer Staatsbürger, die in ehemals preußischen Teilgebieten wohnen, ausgewiesen werden.

Von deutscher Seite ist zu dieser amtlichen polnischen Veröffentlichung folgendes zu bemerken:

Es ist durchaus unzutreffend, daß die polnische Bevölkerung in den Westmündungsgebieten, am Niederrhein und in Westfalen der Bedrückung ausgeübt wäre. Deutsche polnischen Stammes finden bei deutschen Behörden regelmäßig ihr Recht. Wenn gelegentlich Unartigkeiten vorgekommen sind, so geschieht ähnliches in mindestens gleichem Maße jenseits der polnischen Grenze, und die deutsche Regierung bedauert die eine wie die andere Art von Unbill, die durch die gespannte politische Lage erklärt, aber nicht entschuldigt werden kann.

Eine Rückfrage beim Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen hat ergeben, daß Ausländer polnischer Staatsangehörigkeit in keinem Verwaltungsbezirk niemals anders behandelt worden sind als andere Ausländer.

Parteitage.

Von Julius Ebbau.

Die Sozialdemokratische Partei freut sich ihres „Glücks im Winkel“. Der Parteitag von Kassel wird in der sozialdemokratischen Presse geradezu überschwänglich gefeiert, und es scheint fast, als ob man sich wirklich einbildete, den Eindruck von Kraft und Entschlossenheit zu erwecken, während in Wahrheit jeder Versuch, die Kernfragen der deutschen Politik auch nur zu erörtern, an allen möglichen Mandartern, noch mehr aber an allgemeiner Verständnislosigkeit scheiterte.

Dieser Tatbestand zeigt, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aufgehört hat, an die Werkkraft ihrer Ideen zu glauben, und daß sie ganz bewußt ihre einzige Hoffnung auf die Parteimachine legt. Was einst der Partei Leben, Schwung, Triebkraft und unwiderstehliches Wachstum verschaffte, das war der fast religiöse Glaube der Anhänger an den Endsieg und an die Erfüllung sozialistischer Sehenswürdigkeiten in einem irdischen Freudental. Zwischen diesem Aberglauben und der Stimmung der Führer aller Grade entstand eine wachsende Kluft, die durch die scharfe Oppositionstellung gegen die bestehenden Statteinrichtungen nur äußerlich überbrückt wurde.

Die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands wurde vielfach draußen in der Welt als Vorbild bewundert. Sie hat in der Tat organisatorisch Ungeheures geleistet. Wie das deutsche Heer das beste Instrument für die Kriegsführung war, das seit den römischen Legionen und dem Phalangen Alexanders geschaffen worden ist, ebenso war die Organisation der deutschen Arbeiterbewegung technisch ein Meisterstück. Im Erziehen und Marschieren, in Disziplin und Schulung kam ihr nichts in der Welt gleich. Was hätte mit diesem wundervollen Material gemacht werden können, wenn ein schöpferischer Geist, wenn eine wirkliche Führung sich seiner bedient hätte!

Die Probe aufs Exempel kam. Zunächst wurde das Versagen offenbar in den Fragen der äußeren Politik. Die Leute, die sich heute hinstellen und über die Schuld der an der n am Zusammenbruch reden, haben nichts getan und alles unterlassen, um ihren ausschlaggebenden Einfluß während des Krieges in den Dienst einer politischen Idee zu stellen. Sie haben alle Fehler der Armees teils mitgemacht, teils veranlaßt. Gerade sie haben sich äußerlich wohl gefühlt in einem Geiste, zu dessen Charakteristik einer ihrer neuen Anhänger, der Hallenser Professor Waentig, in seinem Buch „Zusammenbruch und Wiederaufbau“ die bezeichnende Anekdote erzählt, daß man in Berlin im Jahre 1916 auf die Frage, was werden solle, geantwortet habe: Man sei nicht so dumm, sich darüber Gedanken zu machen, man lasse vielmehr die Dinge ruhig „an sich herantommen“.

Seit dem Juli 1914 hatte die Sozialdemokratie inoffiziell mitregiert. Der November 1918 verjagte sie in die Lage, die ganze Macht zu ergreifen. Die Stunde war gekommen, in der es galt, unter schwierigen Verhältnissen zwar, aber andererseits ohne jede äußere Hemmung die Begeisterung und die Opferbereitschaft des Massenheeres ihrer Anhänger, das täglich noch weiter zu wachsen schien, für die Rettung des Volksganzen und der nationalen Wirtschaft einzusetzen. Die Stunde blieb ungenützt. Nicht einmal ein Versuch wurde gemacht. Unter der großen Zahl von Leuten, die von der Novemberflut in die Höhe getragen wurden, fand sich keiner, der den Glauben an die Sache mit der Kraft verband, die Macht der Idee, an die damals noch Millionen inbrünstig und opferwillig glaubten, den Umständen anzupassen. Die Enttäuschung darüber ist die wirkliche Ursache der Unrast und der Unruhe, die während die Arbeitermassen umhertreibt und den wildesten Demagogen ausliefert. Herr Sinowjew wäre in Halle einfach ausgelacht worden, wenn Herr Scheidemann und die Seinen die deutsche Arbeiterbewegung nicht innerlich so hoffnungslos gemacht hätten.

Daß sich in Kassel nicht eine Spur der Erkenntnis eigener Schuld zeigte, war gewiß betäubend. Immerhin, was gewesen, könnte vergessen und verziehen werden, wenn wenigstens das Bestreben hervorgetreten wäre, für die Zukunft ein Programm der verantwortlichen Mitarbeit aufzustellen. Man hätte über Einzelheiten streiten, um das Ganze kämpfen können. Aber nichts von alledem. Die unverzeihliche Sünde wider den heiligen Geist besteht darin, daß die Partei, die sich mehr denn je als die Führerin der deutschen Arbeiterbewegung betrachtete, sich gänzlich taub und blind zeigte gegen die Aufgabe, die ihr — noch einmal — vom Schicksal gestellt wird.

Der deutsche Wiederaufbau ist heute nicht mehr eine Angelegenheit der inneren Politik. Wer Gelegenheit hat, mit ausländischen Beobachtern (auch Franzosen!) des deutschen politischen Lebens zu sprechen, findet in überraschendem Maß die klare Erkenntnis, daß an deutsche Zahlungen im Ernst überhaupt nicht gedacht werden könne. Das einzige, womit man draußen noch rechnet, ist die Möglichkeit, daß sich

*) Verlag Kurt Schwabe (Stutt und Leipzig).